

Sichere Renten und Pensionen !

Wie die SPD im Wahlkampf für die gesetzlichen Renten kämpfen sollte.

Im Regierungsprogramm 2017-2022 sind die „Bürgerversicherung“ und die Sicherung des Niveaus der gesetzlichen Rente auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent ins Auge gefasst, und der Beitrag soll nicht über 22 Prozent steigen. Zusätzliche Steuermittel werden dafür nötig sein, und sie werden auch angekündigt, denn der demografische Wandel führt nun einmal dazu, dass eine immer größer werdende Gruppe von Älteren von den Jüngeren ernährt, versorgt und gepflegt werden muss. Wo die Grenze zwischen den beiden Gruppen verläuft, wie viel davon bei den Arbeitnehmern unter sich abgemacht werden muss, ob „Beiträge“, „Gebühren“, „Gewinne“, „Zinsen“ oder „Steuern“ dafür zur Finanzierung herangezogen werden sollen, wie die direkten Leistungen zwischen den Generationen verrechnet werden und welche Risiken von welchen Personen und Institutionen getragen werden, - das sind schon seit 150 Jahren immer wieder auftauchende und heftig diskutierte Themen.

Die SPD tut gut daran, die gesetzlichen Renten und Pensionen gegen Privatisierung und Finanzialisierung zu verteidigen, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Ansprüche aus Renten und Pensionen gegen den Staat sind mehr als drei Mal so hoch wie die Ansprüche der Inhaber von Schuldverschreibungen gegen Bund, Länder und Gemeinden. Das Gerede um „implizite“ versus „explizite“ Schulden des Staates versteckt vor dem normalen Wähler diese Relation und ihre Bedeutung. Die Rentner und die Pensionäre haben derzeit drei Mal so viele Quasi-Staatspapiere in ihrem Besitz wie die Investoren und die Sparer. Natürlich drängt der Finanzsektor seit langem global danach, in diese riesige direkte Gläubiger-Schuldner-Beziehung zwischen Arbeitnehmer/Rentner und öffentlich-rechtlicher Sozialversicherung als „Intermediär“ einbezogen zu werden. Dann zahlen die zukünftigen Rentner nicht mehr monatlich an die Deutsche Rentenversicherung (DR), und die Beamten nehmen nicht mehr eine gewisse Gehaltsminderung in Kauf, weil sie auf eine „gute Pension“ rechnen können, sondern beide zahlen ihre Beiträge an ihre Bank oder Versicherung oder ihren Pensionsfonds, und der Staat oder die weiterhin bestehenden gesetzlichen Sozialversicherungs-Institutionen geben Schuldscheine aus, die von diesen Finanzinstitutionen und den hinter ihnen stehenden Sparern und Investoren gekauft werden. Nach Abzug der Gebühren werden aus den Erlösen die laufenden und – hoffentlich!? – auch die zukünftigen Renten und Pensionen bezahlt.

¹ Emeritierter Professor für VWL an der Freien Universität Berlin – und SPD-Mitglied; manfred.nitsch@t-Inline.de

- Das klingt sehr gleichwertig, ist aber nur teilweise „äquivalent“, wie der Fachausdruck lautet, der dafür meist gebraucht wird. Denn schon heute werden in der DR viele „versicherungsfremde Leistungen“ wie Arbeitslosigkeitszeiten, Kindererziehung u. ä. bei der Berechnung der Rente als „äquivalent“ betrachtet, ohne dass monetäre Beiträge entrichtet werden. Bei der Betrachtung des demografischen Wandels werden demnächst voraussichtlich auch die Pflege von Behinderten, Kranken und Alten und andere „Aufwendungen“ in solche Anerkennungen eingehen. Der Finanzsektor kann, seiner Logik entsprechend, allerdings nur monetäre Einnahmen und Ausgaben verbuchen, - für solche „Anerkennungen“ ist er nicht gebaut und nicht zuständig. Er muss also dafür extra bezuschusst oder sanktioniert werden, wogegen er sich verständlicherweise wehrt. Die DR kann dagegen auf den demokratischen Prozess der Willensbildung und die daraus folgenden Entscheidungen vertrauen und deshalb mit für die Masse der Arbeitnehmer (und Wähler) eher freundlichen Regelungen rechnen.
- Für finanzielle Zuflüsse aus freiwilligen Beiträgen sind sowohl die DR als auch der Finanzsektor im Prinzip offen. Aber auch hier sind sie eher different als äquivalent, denn für die Leistungen der DR, also die Renten und Pensionen, werden die gesamtgesellschaftlichen Löhne und Gehälter, also so etwas wie die Produktivität der Arbeit, herangezogen, während der Finanzsektor auf die Erträge an den Kapitalmärkten der Welt zurückgreifen muss. Für Parteien wie die Sozialdemokratie bedeutet das, dass Rentner und Pensionäre bei der DR bis zu ihrem Lebensende tendenzmäßig „Arbeitnehmer“ bleiben, während sie, vom Eigeninteresse her, als Bezieher von Renten aus dem Finanzsektor, sich zu Recht eher als „Kapitalisten“ definieren würden.
- Die „Intermediation“ ist für den Finanzsektor eine Kernaufgabe. Es ist also verständlich, dass er sich für eine Privatisierung – und da es sich nicht so sehr um die private oder öffentliche Eigentümerschaft einer Bank oder Versicherung als vielmehr um ihre „Finanz“-Identität handelt, im Effekt für eine „Finanzialisierung“, so das neue Modewort, – einsetzt. An die Stelle des Verhältnisses von Staat/DR zu Rentner/Pensionär tritt also das Marktverhältnis Bank/Versicherung/Pensionsfonds zu Kunde. Wie bei jedem Markt, geht es um den Preis, hier also den Zins, als Ergebnis von Angebot und Nachfrage. Als die massive globale Kampagne zur Privatisierung der Renten mit dem Start in Chile 1981 begann, waren die Zinsen hoch, und die Unternehmen und Hauslebauer daran interessiert, neue Geldquellen aufzutun. Die Ergänzung oder sogar der Ersatz von obligatorischen staatlichen Sozialversicherungsbeiträgen durch kapitalgedeckte Systeme, wie bei uns etwa durch die Rürup-Rente, entsprach diesem Bedarf. Der Zins fiel, - vor allem durch die Wirtschaftskrise ab 2007/08 und deren Bekämpfung durch die Finanzministerien und die Zentralbanken. Wie beim Schweinezyklus, wo die Preise schwanken, - entweder sind sie zu hoch für eine lohnende Nachfrage, oder zu tief für eine lohnende Aufzucht und Mästung der Tiere, so kämpfen aktuell die Kapitalmärkte nicht nur durch die Politik der Zentralbanken, sondern auch durch den Vormarsch der Pensionsfonds mit einem Überangebot von finanziellen Mitteln, vulgo „Geld“,

oder im internationalen Jargon „savings glut“, so dass es zu Null-Preisen/=Zinsen kommt. Neben der Politik der Zentralbanken ist ein wichtiges Element dabei m. E. die Asymmetrie zwischen dem Bestreben der Finanzindustrie, über Pensionsfonds, und generell die Befürwortung der Finanzialisierung von Renten und Pensionen, das *Angebot* an Geld für die Altersversorgung zu forcieren, aber gleichzeitig, als politisch konservative Kraft, die *Nachfrage*, also die dafür notwendige Genehmigung und Bereitschaft der staatlichen Treasuries für die Emission von entsprechenden Schuldscheinen, durch „Schuldenbremsen“ u. ä. zu verhindern. Demnach würden die deutschen Sparer nicht von Draghi, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank (ECB), sondern von den Finanzmärkten und ihren Hintermännern um ihre eigentlich verdienten Erträge betrogen!

- Renten und Pensionen sind für die breiten Bevölkerungsschichten auf absehbare Dauer die wichtigsten Anker-Einkommen im Alter. Da die Lebenserwartung für Neugeborene in Richtung der 90er Jahre geht, reden wir hier über fast ein ganzes Jahrhundert! Und damit auch über dessen Risiken und Unsicherheiten! Klimawandel, Anstieg des Meeresspiegels, Massenvernichtungsmittel wie Atombomben in der Hand von Narzissten, Idioten und Fundamentalisten, Migrationsströme, Dürren, Pandemien, Bienensterben, Havarien à la Fukushima, Meteoriten - und weiß der Teufel was, ... Schauen wir uns die letzten 100 Jahre doch einmal daraufhin an! Gegen solche großen Risiken können uns im Alter nur, wenn überhaupt, die gesetzlichen Rentenversicherungen abdecken. Deshalb dürfen wir sie jetzt nicht austrocknen, sondern müssen sie durch freiwillige Beiträge, Steuerzuschüsse und andere Maßnahmen stützen!
- Gegen „Ergänzungen“, „Zusätze“ und „Extras“ sollte niemand etwas haben, aber zumindest am gegenwärtigen Niveau der gesetzlichen Renten von 48 Prozent sollten wir als Ziel festhalten!

Auf in den Wahlkampf!